Zeitung: Bundesregierung sieht islamistischen Einfluss im Kosovo

18. Mai 2017

Berlin (KNA) Die Bundesregierung beobachtet laut Medienberichten eine zunehmende islamistische Einflussnahme im Kosovo durch Saudi-Arabien und andere Golfstaaten.

„Saudi-arabische Missionierungsorganisationen sind auch im Kosovo aktiv und verbreiten hier die von Saudi-Arabien vertretene wahhabitische Interpretation des Islam, etwa durch die Entsendung von Predigern“, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Linke-Bundestagsfraktion, aus der die „Welt“ am Mittwoch zitiert. Darüber hinaus sei „ein kontinuierliches Engagement arabischer Geldgeber – Einzelpersonen, Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche und halbstaatliche Institutionen – in der Islamischen Gemeinde Kosovos (BIK) feststellbar“.

Die Linke-Abgeordnete Sevim Dagdelen, die die Anfrage gestellt hatte, sagte der Zeitung, unter den Augen der multinationalen Kosovo-Truppe KFOR habe sich das Land „zum islamistischen Terrorzentrum in der Region entwickelt“. Es sei skandalös, dass „dank der Präsenz deutscher Soldaten saudische Gewalt- und Hassprediger ungestört die ideologische Basis dafür schaffen konnten“. Die Bundesregierung sei gefordert, „die Öffentlichkeit nicht weiter im Unklaren zu lassen über die konkreten Zahlen der Rekrutierung für islamistische Terrornetzwerke für den IS und andere Organisationen im KFOR-Gebiet“.

Der Antwort zufolge beobachtet die Bundesregierung auch eine wachsende Einflussnahme der Türkei auf dem Balkan. „Seit Amtsantritt der AKP-Regierung 2002 und insbesondere während der Amtszeit des ehemaligen Außenministers Ahmet Davutoglu hat eine strategische Neuorientierung der türkischen Außenpolitik stattgefunden“, heißt es. Dabei seien auch politische Schwerpunkte in Gebieten gesetzt worden, die früher Teil des Osmanischen Reiches waren. Die Türkei erhebe in diesem Zusammenhang einen politischen Gestaltungsanspruch auch auf dem Westlichen Balkan.

Aus Sicht der Bundesregierung überträgt sich der türkische Konflikt zwischen der Regierungspartei AKP und der Gülen-Bewegung auch auf die Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien und Kosovo. Die Türkei habe verstärkt mit den jeweiligen Regierungen über Aktivitäten der Gülen-Bewegung gesprochen und auch die Schließung von Bildungseinrichtungen gefordert, die sie der Bewegung zurechnet.

(KNA – rkplq-89-00198)

Stand: 27. November 2026